

SPD UB-Parteitag 23.04.2014

Antrag

Organisationspolitik

O 1

Datum

7.3.2016

Antragsteller

Bonn-Mitte

Titel

Mitgliederentscheid

-
- 1 Der Parteitag möge beschliessen:
2
3 Stärkung der innerparteilichen Demokratie bei der verbindlichen Mitgliederbefragung zur
4 Erarbeitung des Regierungsprogramms 2017
5
6 Der SPD-Bundesparteitag hat im Dezember 2015 im Antrag I A 7 „Wir schreiben Deutschlands
7 Zukunft. Starke Ideen für Deutschland“ beschlossen:
8
9 „Zur Erarbeitung des Regierungsprogramms 2017 werden wir in zentralen Fragen eine
10 verbindliche Mitgliederbefragung durchführen.“
11
12 Bei dieser Mitgliederbefragung müssen alle SPD-Mitglieder die Möglichkeit haben, sich über
13 unterschiedliche Forderungen und Vorschläge zu zentralen Fragen umfassend zu informieren.
14
15 Deshalb müssen Befürworter und Gegner der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Positionen
16 auf allen Ebenen und auf allen offiziellen parteiinternen Informations- und
17 Kommunikationswegen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Argumente darzulegen und für
18 ihre Positionen zu werben.
19
20 Zusammen mit den Wahlunterlagen oder als Beilage zum „Vorwärts“ sollte deshalb jedem
21 Mitglied der SPD eine Informationsbroschüre geschickt werden (auch online verfügbar), die in
22 Anlehnung an das „Abstimmungsbüchlein“ bei Volksabstimmungen in der Schweiz wie folgt
23 aufgebaut ist:
24
25 1. Vorschlag, über den mit ja/ nein abgestimmt wird bzw. Vorschlag und Gegenvorschlag
26
27 2. Empfehlung des Parteivorstands und/oder des Parteikonvents mit
28 Abstimmungsergebnis
29
30 3. „Das Wichtigste in Kürze“ zum Vorschlag oder zu den Vorschlägen
31
32 4. Der Vorschlag oder die Vorschläge im Einzelnen
33
34 5. Die Argumente des Parteivorstands und/oder des Parteikonvents
35
36 6. Die Argumente der Gegner des Vorschlags des Parteivorstands und/oder des
37 Parteikonvents
38

SPD UB-Parteitag 23.04.2014

Antrag

Organisationspolitik

O 1

Datum

7.3.2016

Antragsteller

Bonn-Mitte

Titel

Mitgliederentscheid

39 Begründung

40

41 Beim Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag vom Dezember 2013 haben die Befürworter
42 und Gegner der Regierungsbeteiligung der SPD unter höchst ungleichen Bedingungen für ihre
43 Überzeugung gekämpft.

44

45 Die offiziellen Informations- und Kommunikationswege der SPD wurden ganz überwiegend
46 dazu genutzt, für Zustimmung zum Koalitionsvertrag zu werben.

47 Von den mailing-Aktionen der Generalsekretärin und des Vorsitzenden über den „Vorwärts“,
48 die Leitung und einführende Information bei den Regionalkonferenzen bis hin zu den mit den
49 Wahlunterlagen verschickten Materialien wurden so gut wie ausschliesslich Argumente für die
50 Position des Parteivorstands verbreitet. Diese Praxis, die weit entfernt ist von tatsächlicher
51 gleichberechtigter Beteiligung und Entscheidung aller Mitglieder der SPD, darf sich nicht
52 wiederholen.

53

54 Damit die SPD sich im Bundestagswahlkampf 2017 auf ein von ihren Mitgliedern breit
55 getragenes Regierungsprogramm stützen kann, müssen die unterschiedlichen Positionen im
56 Vorfeld der verbindlichen Mitgliederbefragung gleichberechtigt einander gegenüber gestellt
57 werden. Das entspricht der Praxis bei Volksabstimmungen in der Schweiz, die weltweit am
58 längsten und am meisten Erfahrungen mit direkter Demokratie hat.

59

60 Nach Beschlussfassung Weiterleitung als Antrag an den nächsten ordentlichen
61 Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen, an den SPD Parteivorstand und an den SPD-
62 Parteikonvent.

63

Beschluss: Annahme

**Weiterleitung an: Landesparteitag, SPD-Parteivorstand,
SPD-Parteikonvent**

64